

**„Abschied vom Pazifismus? Herausforderungen an eine
evangelische Friedensethik heute“
Vortrag Ibbenbüren 18.11.2024**

**Renke Brahms
Friedensbeauftragter des Rates der EKD von 2008 bis 2021**

Ankündigungstext:

Spätestens seit dem Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine im Februar 2022 ist die friedensethische Diskussion neu in Bewegung geraten: Ist es richtig, der Ukraine Waffen zu liefern? Was sagen wir als Christinnen und Christen zu der Forderung von Verteidigungsminister Boris Pistorius, Deutschland müsse spätestens 2029 wieder „kriegstüchtig“ sein? Sollte eine christliche Ethik nicht militärische Optionen ablehnen? Die EKD hat in ihrer Friedensdenkschrift von 2007 den „gerechten Frieden“ als Leitperspektive formuliert und den Vorrang der Gewaltfreiheit zur Lösung transstaatlicher Konflikte eingefordert.

Sehr geehrte Anwesende!

Der Angriff der russischen Truppen auf die Ukraine am 24. Februar 2022 stellt einen eklatanten Bruch des Völkerrechts mit weitreichenden Folgen dar. Tausende Opfer des militärischen Angriffs sind zu beklagen. Die Zahl der getöteten Zivilisten – unter ihnen zahlreiche Kinder – und die zerstörten Wohnhäuser und die in weiten Teilen zerstörte Infrastruktur machen deutlich, dass Russland nicht nur militärische Einrichtungen beschießt, sondern gezielt zivile Opfer in Kauf nimmt, sie absichtlich angreift, um Angst zu schüren und die Souveränität und Integrität der Ukraine zu zerstören. Die offene Drohung mit dem Einsatz nuklearer Waffen stellt eine Eskalation dar, die alle vertraglichen Vereinbarungen der letzten Jahrzehnte infrage stellt. Der Krieg in der Nähe von Atomkraftwerken erhöht das Risiko einer atomaren Katastrophe. Der Krieg bedroht und zerstört nicht nur die Ukraine, sondern das Leben vieler Menschen in anderen Erdteilen. Es kommt zu einem Ernteausfall bei Getreide und anderen Gütern, der zum Hungertod vieler Menschen insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent führt.

Die Bilder aus Butscha, dem Vorort Kiews, und aus anderen Orten sind deutliche Indizien für Kriegsverbrechen und lassen befürchten, dass es auch in anderen Regionen der Ukraine zu solchen Kriegsverbrechen

gekommen ist und weiter kommt. Die Schwelle zum Völkermord ist überschritten.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat innerhalb der Evangelischen Kirche zu einer lebhaften Diskussion über eine „neue Friedensethik“ geführt. Die Friedensethik sei dringend zu überarbeiten, es sei an der Zeit, „Grundpositionen der evangelischen Friedensethik der letzten Jahrzehnte noch einmal zu überdenken“ oder es wird ein notwendiges Revirement (Wechsel, Erneuerung) der Friedensethik diagnostiziert - Evangelische Friedensethik müsse sich der „Lage stellen, ihr ist ein neuer Realismus abverlangt.“ Der Vorwurf war dabei, dass sich die EKD in den letzten Jahren zu sehr in eine pazifistische Richtung entwickelt habe – vor allem mit dem Text der Kundgebung auf der Synode der EKD 2019. Diese hatte vor allem die zivilen und gewaltlosen Instrumente der Konfliktbearbeitung in den Vordergrund gerückt.

Gleichzeitig gibt es seit Jahren die Forderung aus dem Bereich des kirchlichen Pazifismus, die Friedensethik der EKD müsse über die Denkschrift von 2007 hinausgehen und die Ausnahme vom Gewaltverbot im Sinne einer rechtserhaltenden Gewalt friedensethisch überwinden – also militärische Mittel gänzlich ausschließen und ganz und allein auf eine zivile und gewaltlose Konflikttransformation setzen. Aus dem Bereich der historischen Friedenskirchen und der pazifistischen Gruppen und Netzwerken hören wir das als bleibende Kritik an der Denkschrift und der friedensethischen Grundposition der EKD.

Wir bewegen uns mit dieser Debatte auch in einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion: Die einen nennen es unausweichlich, aufzurüsten und schelten die Pazifisten wieder als naiv und Verräter. Die anderen sagen das Gegenteil und fordern, keine Waffen mehr an die Ukraine zu liefern.

Und viele sind dazwischen und tun sich schwer, eine differenzierte Meinung zu entwickeln in dieser aufgeheizten schwarz-weißen Debatte. Dabei ist es doch genau das, was wir jetzt brauchen: eine differenzierte, aber klare Haltung, die sich den Populisten und Vereinfacherinnen, den Verächterinnen und Verächtern der Demokratie entgegenstellt.

Deshalb will ich versuchen, einen Beitrag zu einer differenzierten Debatte zu leisten. Ich gehe dabei von einem Begriff aus, der auch in der politischen Debatte immer wieder genutzt wird, so auch von Bundeskanzler Scholz zuletzt am 16. Oktober, als er seine Ansicht bekräftigte, auch angesichts von Waffenlieferungen bereit zu sein, mit Putin zu verhandeln, um einen „gerechten Frieden“ für die Ukraine zu

erreichen. Hier ist wohl ein Frieden gemeint, der kein Diktatfrieden Putins ist und der sich am Völkerrecht orientiert. Der Bundeskanzler hat übrigens vorher auch die Waffenlieferungen mit eben demselben Hinweis auf einen „gerechten Frieden“ begründet.

Christliche Friedensethik hat einen ausdifferenzierten und umfassenden Friedensbegriff, wenn sie vom Leitbild des „Gerechten Friedens“ spricht. Für die Evangelische Kirche in Deutschland ist dieses Leitbild des „Gerechten Friedens“ in der Denkschrift (2007) „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ aus dem Jahr 2007 formuliert. Mit dem Grundgedanken des „Gerechten Friedens“ befindet sich die EKD in einer großen Gemeinsamkeit mit der Katholischen Bischofskonferenz, die schon im Jahr 2000 ihre Position unter dem Titel „Gerechter Frieden“ beschrieben hat. Und auch mit der weltweiten Ökumene besteht diese enge Gemeinsamkeit, denn auch dort ist mit dem „Gerechten Frieden“ der Leitgedanke seit der Vollversammlung des ÖRK im Jahr 2011 fest verankert.

In der nach wie vor geltenden Denkschrift von 2007 werden vier grundlegende Punkte genannt, die ich in aller Kürze benennen will – nicht ohne darauf hinzuweisen, dass es innerhalb der EKD gerade einen intensiven Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung dieser Denkschrift gibt. Die Ergebnisse sind im Sommer oder Herbst 2025 zu erwarten.

In der Denkschrift von 2007 sind folgende Punkte grundlegend:

1. Es besteht ein enger Zusammenhang von Frieden und Gerechtigkeit. Schon die Bibel wusste dies. In Jes 32,17 heißt es: „Die Frucht der Gerechtigkeit wird Frieden sein und der Ertrag der Gerechtigkeit Ruhe und Sicherheit auf immer.“ Ohne Gerechtigkeit kein Frieden, ohne Frieden keine Gerechtigkeit.

Wir wissen, dass weltweite Ungerechtigkeit, Armut und Hunger Konflikttreiber sind. Deshalb wird Frieden als „Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit“ verstanden. Um Frieden zu gewinnen, bedarf es der Bekämpfung der Armut und der Ungerechtigkeit. Deshalb sind auch Friedens- und Entwicklungspolitik eng zusammenzudenken.

2. Es besteht ein enger Zusammenhang von Frieden und Recht. Lange vor Immanuel Kant wusste auch das die Bibel: Sacharja 8,16 „Das sind die Dinge, die ihr tun sollt: Sagt untereinander die Wahrheit! / Richtet in euren Stadttoren der Wahrheit gemäß und mit Urteilen, die dem Frieden dienen!“ Das friedensstiftende Potential des Rechts und seiner Institutionen können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Auch wenn die Vereinten Nationen in diesen Jahren an ihre Grenzen gekommen und reformbedürftig ist, sind die Institutionen wie der Internationale Gerichtshof und andere in ihrer Bedeutung zu würdigen. Was denn anderes als internationales Recht kann diese Welt auf Dauer befrieden – auch wenn es im Moment mit Füßen getreten wird. Ein wichtiger Ansatzpunkt für eine Weiterentwicklung der Denkschrift liegt in der Frage, wie Recht durchgesetzt werden kann – auch wenn die internationalen Institutionen der UNO nicht wirken.

3. Das Leitbild des gerechten Friedens ist geprägt durch ein breites Friedensverständnis, wie es auch dem biblischen Schalom entspricht, der mehr meint als die Abwesenheit von Krieg und Gewalt - vielmehr auf ein Zusammenleben in einem umfassenden Verständnis von Wohlbefinden in der Gemeinschaft zielt. Deshalb werden vier Dimensionen des gerechten Friedens genannt:

- a) die Vermeidung von und der Schutz vor Gewalt
- b) die Förderung von Freiheit zu einem Leben in Würde durch Recht und Gewährung von eigenen Entscheidungsmöglichkeiten,
- c) die Förderung von kultureller Vielfalt im Miteinander von Kulturen und Lebensart,
- d) der Abbau von Not durch mehr Zugangs- und Verteilungsgerechtigkeit.

4. Betont wird der Vorrang für gewaltfreie und zivile Konflikttransformationen und deren Instrumente, wie sie in den vergangenen Jahren entwickelt wurden, z.B. im „Zivilen Friedensdienst“, im „Zentrum für internationale Einsätze“ oder im Rahmen des Peace-Keepings der Vereinten Nationen. Dazu komme ich später noch einmal. Außerdem wird auf die Bildung zum Frieden Wert gelegt. Und das alles folgt dem Grundsatz: Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten!

Der Einsatz von polizeilichen und militärischen Mitteln ist daher nur in begrenzten Situationen, die sich am Völkerrecht orientieren und die Aufrechterhaltung von Recht und Frieden zum Ziel haben, erlaubt. Es geht also nicht um einen prinzipiellen oder unbedingten Pazifismus, der jegliche Form der Gewalt in allen Umständen ausschließt, sondern um einen Pazifismus, der im Sinne der Verantwortung für die Menschen und deren Schutz abwägt und entscheidet. Deshalb hat der ehemalige Ratsvorsitzende Wolfgang Huber diese Position als „Verantwortungspazifismus“ bezeichnet. Man kann die Denkschrift mit dem Leitbild des Gerechten Friedens auch einen Rechtspazifismus nennen.

Für den Ernstfall Ukraine bedeutet diese Positionierung, dass angesichts des völkerrechtswidrigen und mit großer Grausamkeit geführten Angriffskrieg nicht nur das Selbstverteidigungsrecht anzuerkennen ist, sondern auch Waffenlieferungen ethisch gerechtfertigt sein können. Allerdings ergeben die Kriterien der Denkschrift auch klare Hinweise auf Beschränkungen, wenn es um die Folgen dieser Waffenlieferungen geht.

In der Denkschrift der EKD heißt es: „Bei schwersten, menschliches Leben und gemeinsam anerkanntes Recht bedrohenden Übergriffen eines Gewalttäters kann die Anwendung von Gegengewalt erlaubt sein, denn der Schutz des Lebens und die Stärke des gemeinsamen Rechts darf gegenüber dem »Recht des Stärkeren« nicht wehrlos bleiben.“

Die Absicht eines solchen Handelns muss aber „eindeutig auf das Ziel bezogen sein, die Opfer vor lebensbedrohlichem schwerem Unrecht zu schützen, die Grundlagen staatlicher Existenz zu sichern und die Bedingungen politischer Selbstbestimmung der einheimischen Bevölkerung wiederherzustellen.“ (Ziffer 115) und sie ist – solange der Weltsicherheitsrat blockiert ist – eine Art Nothilfemaßnahme, die keineswegs das Ende sein darf.

Es geht nicht um einen Bellizismus, also eine ideologische Befürwortung des Krieges und die Neigung, internationale Konflikte grundsätzlich durch militärische Gewalt zu lösen – wie es aktuell von Russland gehandhabt wird. Das Ziel muss immer die Verhandlung sein, damit die Waffen schweigen und Menschen nicht mehr ihr Leben verlieren.

Lassen Sie mich auf dem Hintergrund dieses Leitbildes des Gerechten Friedens drei Anmerkungen zu aktuellen Debatten machen:

1. Wie in der Gesellschaft gibt es auch in der Evangelischen Kirche – wie oben schon erwähnt - Strömungen eines unbedingten Pazifismus und damit eine strittige Debatte um den richtigen Weg zum Frieden. Das Verdienst dieses unbedingten Pazifismus ist es, immer wieder darauf aufmerksam zu machen, welchen Preis der Krieg und auch die gelieferten Waffen haben. Natürlich wird der Krieg durch Waffenlieferungen verlängert und die Opferzahlen steigen. Die Gewalt kann bis zur atomaren Zerstörung eskalieren. Ausschließen kann das niemand. Das zu benennen, ist eine Sache der Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit auch der Seite, die für Waffenlieferungen eintritt.

Auf der anderen Seite muss ein unbedingter Pazifismus auch ehrlich die Folgen seiner Haltung benennen und offenlegen, dass das im Falle der Ukraine eine Unterwerfung unter ein sich als ausgesprochen restriktives, gewalttätiges und unterdrückendes System bedeuten würde. Was das an Freiheitsverlust und an Opferzahlen bedeuten würde, mag man sich auch kaum ausmalen – abgesehen von geopolitischen Auswirkungen auf weitere Staaten.

Eine Forderung nach einem Ende der Waffenlieferungen ohne diese Ehrlichkeit und ohne sich mit den eigenen Argumenten den Betroffenen der Gewalt auszusetzen, ist nicht glaubwürdig.

Es geht aber auch andersherum nicht an, einen argumentierenden Pazifismus rundweg als „Lumpenpazifismus“, „naiv“ oder „unrealistisch“ zu verunglimpfen. Ob die weitere Lieferung von Waffen ein realistisches Ende im Frieden erreichen kann, ist keineswegs ausgemacht. Die Debatte würde gewinnen, wenn wir alle ein wenig bescheidener und ehrlicher wären, die Dilemmata offenlegen und die Wege zu Ende denken, für die wir argumentieren.

Und auch dies sei gesagt: Ohne die Friedensbewegung und deren starken Arm eines unbedingten Pazifismus wären wir heute nicht so weit in der Entwicklung von Instrumenten zur zivilen und gewaltlosen Konflikttransformation. Schon immer haben pazifistische Organisationen intensiv nach alternativen Möglichkeiten jenseits militärischer Mittel gesucht, um Konflikte zu vermeiden, zu deeskalieren und zu beenden. Schon lange haben sie Menschen in Gewaltfreiheit ausgebildet und sie in Konfliktregionen entsandt, um dort Frieden zu stiften. Auch ein unbedingter Pazifismus ist also keineswegs ein passiver Pazifismus, sondern höchst aktiv. Und damit ist auch dieser unbedingte Pazifismus nicht nur eine persönliche Entscheidung des Gewissens, sondern immer auch eine politische Option.

Seit etwa 20 Jahren sind diese Instrumente der gewaltlosen Konflikttransformation weiter professionalisiert worden und bilden heute die Grundlage des „Zivilen Friedensdienstes“. Der wurde mit maßgeblicher Unterstützung kirchlicher Organisationen gegründet und wird von der Bundesregierung als zivilgesellschaftliche Institution finanziert. Über 1500 Friedensfachkräfte wurden in diesen Jahren ausgebildet und entsandt. Studien belegen die Wirksamkeit, beleuchten sowohl Chancen als auch Grenzen der Gewaltlosigkeit.

Wer dem gegenüber für den Einsatz militärischer Mittel eintritt, muss zumindest erklären können, dass alle zivilen, gewaltfreien,

diplomatischen und politischen Mittel ausgeschöpft wurden, bevor zu Mitteln der Gewalt gegriffen wird. Dies geschieht aber viel zu selten. Insgesamt werden die Instrumente der zivilen und gewaltfreien Konflikttransformation immer noch nicht ausreichend unterstützt und ausgeschöpft. Dafür treten wir auch als Evangelische Kirche immer wieder ein.

2. Zur Ehrlichkeit gehört auch eine differenzierte Debatte über die Vorgeschichte des Krieges in der Ukraine. Um es gleich vorweg und unmissverständlich zu sagen: keiner der jetzt genannten Punkte ergibt irgendeine Rechtfertigung für den völkerrechtswidrigen und grausamen Krieg, den Russland gegen die Ukraine führt!

Und dennoch lohnt es sich, die Vergangenheit zu betrachten, um daraus für die Zukunft zu lernen. Ich kann hier nur die Fragen benennen, die dazu gehören. Welche Chancen sind – im Nachhinein betrachtet – Anfang der 90er Jahre verpasst worden, um tatsächlich ein sicheres „Haus Europa“ zu bauen? Ist die Geschwindigkeit und die Art und Weise der NATO-Osterweiterung doch zu hoch gewesen? Gab es Alternativen, die die Sicherheitsinteressen aller beteiligten Ländern deutlicher gewahrt hätten- wie z.B. das Konzept der „Partnerschaft für den Frieden“, das durchaus lange verfolgt wurde.

Darüber nachzudenken, heißt nicht, auf russische Narrative und Propaganda hereinzufallen. Alles auf diese Erweiterung zu schieben – wie es Putin tut – ist geschichtsvergessen, denn Russland hat dieser Erweiterung in Verträgen selbst zugestimmt. Und wer in Deutschland diese Argumente übernimmt, folgt der russischen Propaganda.

Aber diese Fragen weisen darauf hin, dass es darauf ankommt, in einer Zukunft ohne Putin ein System zu finden, das die Sicherheit aller Beteiligten – auch die Russlands - wahrt.

Mindestens aber müssen sich manche Beteiligte an diesen Prozessen der Vergangenheit fragen lassen, ob ihre „westliche Arroganz“ in manchen Äußerungen den Konflikt befördert haben. Und welche Fehleinschätzungen der vergangenen Jahre, z.B. im Hinblick auf wirtschaftliche Verflechtungen, haben die Entwicklung begünstigt?

Noch einmal: all das ist überhaupt keine Rechtfertigung dieses Angriffs auf die Souveränität eines anderen Staates. Aber die Aufarbeitung dieser Zeit aus den 90ern des vergangenen Jahrhunderts bis hinein in die Zeit unmittelbar vor 2022 gehört zur Vorbereitung einer neuen Friedensordnung in Europa für die Zukunft.

3. Auf dem Hintergrund des breiten Friedensverständnisses aus dem Leitbild des Gerechten Friedens mit seinen Dimensionen der Vermeidung von und dem Schutz vor Gewalt, der Förderung von Freiheit zu einem Leben in Würde, der Förderung von kultureller Vielfalt und dem Abbau von Not durch mehr Zugangs- und Verteilungs-gerechtigkeit müssen auch aktuelle politische Entscheidungen eingeordnet werden. Das betrifft sowohl die Wortwahl und die Sprache, das betrifft die einseitige Konzentration auf bestimmte politische Debatten und es betrifft die finanzielle Ausstattung bestimmter Politikfelder. Was meine ich damit?

Wir erleben eine starke „Versicherheitlichung“ der öffentlichen Debatte und der politischen Entscheidungen. Bezüglich der äußeren Sicherheit wird ein 100 Milliardenpaket geschnürt, um die Bundeswehr besser auszurüsten. In den letzten Wochen wird sogar von einem 3% Ziel des Bruttoinlandproduktes für die Verteidigung gesprochen. Bezüglich der inneren Sicherheit wird die Debatte von der Migrationsfrage beherrscht und es werden Forderungen nach mehr Geld für Polizei und die Sicherung der EU-Außengrenzen laut, um Migration abzuwehren. Es geht viel um die Sicherung der Lebensverhältnisse – z.B. um die Rente.

Ich will mich hier gar nicht zu den Zahlen einlassen und zur Frage der Berechtigung – obwohl ich an der Begründbarkeit schon meine Zweifel habe – es geht mir vielmehr darum, dass gleichzeitig Mittel für eine „Zeitenwende“ in der Bildungspolitik – z.B. der Ausstattung und Renovierung von Schulen und mehr Lehrerinnen und Lehrer – fehlen und Gelder für Freiwilligendienste um ein Drittel gekürzt werden – und das gerade für eine Generation von jungen Menschen, die durch Corona beeinträchtigt sind und dringend auf solche Erfahrungen angewiesen sind.

Eine nach innen und außen resiliente, d.h. widerstandsfähige Gesellschaft hängt in einem hohen Maße von sozialer Sicherheit, von schulischer und politischer Bildung und einer Demokratieförderung ab und nicht allein von militärischer Stärke. Wir brauchen dringend eine breite öffentliche Debatte über eine ausbalancierte Verteilung der Mittel für eine starke und widerstandsfähige Gesellschaft. Jedenfalls geht es nicht, dass im Widerspruch zum Grundgesetz und der Charta der Vereinten Nationen über „Kriegstüchtigkeit“ geredet wird, die „Friedensfähigkeit“ und die „Demokratie-Tüchtigkeit“ aber vernachlässigt wird. Dies gilt umso mehr unter den aktuellen Entwicklungen der Wahl Donald Trumps in den USA und den erstarkenden rechten Kräften in Deutschland.

Schließen will ich mit einem Zitat von Martin Luther, das diesen letzten Gedanken aufnimmt:

„Nun liegt einer Stadt Gedeihen nicht allein darin, dass man große Schätze sammelt, feste Mauern, schöne Häuser, viel Geschütze und Harnisch zustande bringe; ja, wo viel davon ist und tolle Narren darüber kommen, ist es ein umso ärgerer und größerer Schade für diese Stadt; sondern das ist einer Stadt bestes und allerreichstes Gedeihen, heil und Kraft, dass sie viel feine, gelehrte, vernünftige, ehrbare, wohlerzogene Bürger hat, die könnten danach gut Schätze und alles Gute sammeln, halten und recht brauchen.“

(Martin Luther, An die Ratsherren aller Städte Deutschen Landes, dass sie christliche Schulen aufrichten und halten sollen, 1524, WA 15/34)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!